

Diskussionspapier „Wege zur Vollbeschäftigung“ für die Wahlalternative Arbeit & soziale Gerechtigkeit

von

Egbert Scheunemann

Stand: 3. September 2004

(Leichte Überarbeitung der Fassung vom 19. Juli 2004)

1. Die Strategie für *Beschäftigung* lautet *Umverteilung von ‚oben‘ nach ‚unten‘* und damit Stärkung von Massenkaufkraft, Absatz, Produktion und Beschäftigung: Die Konsumquote liegt bei unteren Einkommen fast bei 100 Prozent, ja oft darüber (Verschuldung), d.h. dieses Einkommen geht vollständig in Konsum, Absatz, Produktion und also Beschäftigung. Mit steigenden Einkommen wächst die Sparquote und der Hang, das Geld weder konsumtiv noch produktiv (Investitionen) auszugeben, sondern zins-suchend die internationalen Finanzmärkte aufzublähen (mit nachfolgender Kapitalvernichtung in allbekannten Börsenkrächen), statt investiv Arbeit zu schaffen. Einzelne Maßnahmen der Einkommensumverteilung von *oben nach unten* werden unter Punkt 3 genannt.

2. Flankierend zu dieser grundlegenden Strategie der Umverteilung von oben nach unten sollte zu einer *Steuerfinanzierung ALLER* vorhandenen und langfristig *wachsenden* Sozialausgaben übergegangen werden, um die *Bruttolohnkosten* (nicht die *Nettolöhne!*) zu senken, die Arbeitsproduktivität entsprechend zu erhöhen und Arbeit also ‚billiger‘ und Beschäftigung also kostengünstiger und damit attraktiver zu machen.

Und das heißt: Abschaffung ALLER lohnbezogenen Sozialbeiträge (zur Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung etc.) und Finanzierung ALLER Sozialeinkommen (Grundrente, medizinisch hochwertige Grundversorgung, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe etc.) über das allgemeine Steueraufkommen, also durch ALLE – und also auch durch Selbständige, Unternehmer, Beamte etc. als *Steuerzahler*. Die Befreiung der Löhne von allen Sozialabgaben würde die *Nettolöhne* und also die *Kaufkraft* dramatisch *steigern* und die Unternehmen von ALLEN Sozialbeiträgen entlasten – und also Arbeit, wie gesagt, sehr viel billiger und damit Beschäftigung lohnender machen. Bei einem Bruttoinlandsprodukt (BIP) von derzeit etwa 2200 Milliarden € und einer Arbeitslosenquote von ca. 10 Prozent muß eine Stärkung der realen Massenkaufkraft (mit folgender Absatz-, Produktions- und Beschäftigungsausweitung) also etwa in der Höhe von 220 Milliarden € erfolgen, um die Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen. Die vollständige Finanzierung aller Sozialeinkommen aus dem allgemeinen Steueraufkommen umfasst (derzeit) etwa 40 Prozent des BIP (Sozialquote) – und langfristig eher 50, 60 oder 70 Prozent. Alle nachfolgend genannten steuerpolitischen

Einkommensumverteilungen sind also in der Summe in dieser Größenordnung zu dimensionieren.

3. Als steuerpolitische Einzelmaßnahmen der Beschäftigung schaffenden Umverteilung von oben nach unten und der Finanzierung aller Sozialsysteme allein aus dem allgemeinen Steueraufkommen bieten sich an:

- a. Steigerung des **Spitzensteuersatzes auf 70 Prozent** (bei Einkommen über z.B. 200.000 € pro Jahr/Person) und Erhöhung des **Eingangssteuersatzes auf 25 Prozent** bei **Erhöhung des steuerfreien Grundeinkommens** (was bei Streichung ALLER lohnbezogenen Sozialbeiträge immer noch eine dramatische Erhöhung der *Nettolöhne* und also der *Kaufkraft* zur Folge hätte);
 - b. Wiedereinführung einer **Vermögenssteuer**;
 - c. Erhöhung der **Erbschaftssteuer** auf privates und Gewerbekapital (über z.B. 500.000 €) auf 70 Prozent (also auf die Höhe des Spitzensteuersatzes – auch ein Erbe ist ein Einkommen) bei Ermöglichung von Ratenzahlungen aus laufenden und zukünftigen Gewinnen, um die Weiterführung von Familienbetrieben etc. nicht zu gefährden;
 - d. Einführung einer **Kapitalumsatzsteuer** bei Finanzgeschäften (Tobinsteuer) in der Höhe der normalen Umsatzsteuer, um spekulative Finanzströme zu unterbinden, die bekanntlich schon ganze Wirtschaftsregionen (Asienkrise, Lateinamerikakrise etc.) ins Verderben gestürzt haben;
 - e. Erhöhung der **Umsatzsteuer**; das Argument, dass eine Erhöhung der Umsatzsteuer *unsozial* wäre, weil sie untere Einkommen *relativ* stärker trifft als hohe, zählt nicht, WENN die *primäre* Einkommensbesteuerung sozial- und leistungsgerecht IST (danach gilt nämlich ganz einfach und ganz gerecht: wer mehr konsumiert, zahlt mehr Umsatzsteuer);
 - f. Erhöhung aller **Ökosteuern** (und Einführung einer Kerosinsteuer etc.) bis zu dem Punkt, ab dem das Steueraufkommen nicht mehr steigt (weil etwa der Verbrauch von Mineralöl stark zurückgeht);
 - g. Erhöhung der **Tabak-** und **Alkoholsteuer** u.ä. bis zu dem Punkt, ab dem das Steueraufkommen nicht mehr steigt (weil die Leute weniger rauchen etc.).
-